# Forderungen aus der COVID-19-Krise in LL

Viele Menschen waren durch die COVID 19 –Krise betroffen.
Manche waren krank.
Andere mussten von zu Hause aus arbeiten
oder verloren sogar ihre Arbeits-Stelle.
Viele hatten plötzlich weniger Geld zum Leben.
Fast alle mussten ihre Kontakte zu anderen Menschen einschränken.

Menschen mit Behinderungen waren besonders davon betroffen.
Durch diese Corona-Krise hat man gesehen,
dass Menschen mit Behinderungen
manchmal immer noch vergessen werden.

Dabei kann es auch andere Krisen und Katastrophen geben.
Zum Beispiel Lawinen oder Muren,
Hochwasser oder ein großes Feuer.
In solchen Fällen müssen Menschen mit Behinderungen
volle Information und Unterstützung erhalten.

Das sagt auch die UN-Behinderten-Rechts-Konvention (UN-BRK).
Dort steht in Artikel 11:

**Gefahr und Not**

**Die Vertrags-Länder müssen Menschen
mit Behinderungen schützen.
Das ist besonders wichtig bei Gefahr.
Und das ist besonders wichtig in Not-Lagen.**

Manchmal sind Menschen in einer Gefahren-Situation.

Eine Gefahren-Situation ist zum Beispiel:

* Ein bewaffneter Konflikt.

Ein bewaffneter Konflikt ist zum Beispiel Krieg.

* Eine humanitäre Not-Lage

Humanitäre Not-Lage heißt:

Menschen geht es schlecht.

Die Menschen haben zum Beispiel wenig Essen.

* Eine Natur-Katastrophe.

Eine Natur-Katastrophe ist zum Beispiel ein schweres Erd-Beben.

Die Vertrags-Länder müssen diese Menschen dann beschützen.
Die Vertrags-Länder müssen Menschen mit Behinderungen
dabei ganz besonders schützen.

Dafür treffen die Vertrags-Länder allen nötigen Vorkehrungen.
Das sagt das Völker-Recht.
Und das sagen die Menschen-Rechte.

Der Tiroler Monitoring-Ausschuss setzt sich sehr
für die Menschen mit Behinderungen ein.
Der Ausschuss hat sich die Erfahrungen von
Menschen mit Behinderungen in dieser Krise angehört.
Es muss vieles verändert und verbessert werden.

Deswegen hat der Tiroler Monitoring-Ausschuss
Forderungen aufgestellt.
Wir wollen uns weitere Erfahrungen von
Menschen mit Behinderungen anhören.
Wir wollen aber auch die Erfahrungen von
Verantwortlichen anhören.
Wir wollen unsere Forderungen den
Verantwortlichen übergeben.

Deshalb veranstaltet der Tiroler Monitoring-Ausschuss
seine öffentliche Sitzung am 9.12.2020 zum Thema
„Menschen mit Behinderungen im Krisen- und Katastrophen-Fall“.

Bisher haben wir folgende Forderungen zusammengefasst.
Es kommen sicherlich noch weitere Forderungen dazu.
Alle Menschen, die dazu etwas sagen möchten,
können uns schreiben.
Zu all diesen Forderungen werden wir dann wieder
eine Stellungnahme schreiben.

Unsere Forderungen bisher:

## Alltag:

* Menschen mit Behinderungen dürfen nicht so behandelt werden,
als ob sie immer eine Risiko-Gruppe sind.
Unter Menschen mit Behinderungen gibt es
Menschen, die gefährdet sind und Menschen,
die kein erhöhtes Risiko haben.
Man kann nicht für alle Menschen mit Behinderungen
höhere Sicherheits-Maßnahmen bestimmen.
* Die höheren Sicherheits-Maßnahmen führten oft dazu,
dass Menschen mit Behinderungen eingesperrt
oder weggesperrt wurden.
Das ist eine Menschen-Rechts-Verletzung!
* Menschen, egal mit welcher Behinderung,
brauchen weiterhin Kontakt zu anderen Menschen.
Sonst vereinsamen sie.
* Menschen mit Lernschwierigkeiten brauchen Unterstützungen
für den Umgang mit Internet und
anderen technischen Geräten zur Kommunikation.
* Menschen mit Behinderungen müssen weiterhin
Transport-Möglichkeiten haben.
* Menschen mit Behinderungen,
die Persönliche Assistenz erhalten,
sind auf diese Assistenz angewiesen.
Das ist für diese Menschen lebensnotwendig
und muss daher weiter angeboten werden.
* Assistenz-Personen der Persönlichen Assistenz
müssen regelmäßig getestet werden.
So ist es auch beim stationären Personal.
* Persönliche Assistent\_innen, mobile Begleiter\_innen,
und Angehörige von Menschen mit Behinderungen
müssen auch ausreichende Schutz-Ausrüstung erhalten.
* Man darf nicht nur auf Menschen mit Behinderungen
in Einrichtungen achten,
sondern auch auf alle, die zu Hause sind.
* Es braucht ausreichende, gemeinde-nahe
Unterstützungs-Angebote.
* Im Krisen-Fall muss es mobile Dienste weiterhin geben
und sie müssen sogar ausgebaut werden.
* Frauen sind in Krisen-Fällen besonders belastet.
Sie brauchen Unterstützung.
* Eltern von Kindern mit Behinderungen brauchen Unterstützung.
* Angehörige von Menschen mit Behinderungen
sind in Krisen-Fällen besonders belastet.
Sie brauchen eine Möglichkeit zur Beratung und Hilfe.
* Nach einem Krisen-Fall brauchen einige Menschen
Hilfe und Begleitung,
um wieder den Alltag zu bewältigen.

## Bildung:

* Barriere-freies Lernen am Computer
muss für alle möglich sein.
* Kinder, die nicht am Computer lernen können,
brauchen andere gute und barriere-freie
Unterrichts-Formen.
* Kinder mit einem Sonder-pädagogischen Förder-Bedarf
dürfen aus dem Unterricht nicht ausgeschlossen werden.
* Für alle Mitarbeiter\_innen und Studierende mit Behinderungen
müssen Fern-Arbeit und Bildungs-Dienste
gleichermaßen zugänglich sein.

## Arbeit:

* Menschen mit Behinderungen brauchen in
Krisen-Fällen einen Kündigungs-Schutz in ihrer Arbeit.
* Es muss Gesetze für den Schutz von
Freiwilligen, Zivil-Dienern und Ehren-amtlichen geben,
wenn sie in Krisen-Fällen mit Menschen mit Behinderungen arbeiten.
* Angehörige, die Menschen mit Behinderungen betreuen,
brauchen in Krisen-Fällen einen Schutz
vor Verlust ihres Arbeits-Platzes.
* Der Staat muss während und nach einem Krisen-Fall
Maßnahmen machen,
damit Menschen mit Behinderungen Ihre Arbeit nicht verlieren.
Sie sollen sich in dieser Zeit auch weiterbilden können.

## Einrichtungen:

* In Einrichtungen waren die Regeln und Einschränkungen
für Menschen mit Behinderungen strenger
als für die sonstige Bevölkerung.
Es darf keine ungleiche Behandlung geben.
* Menschen in Einrichtungen haben das Recht,
alleine zu telefonieren.
* Menschen mit Behinderungen müssen
die Einrichtung mit Maske und Abstand verlassen zu dürfen.
* Wohn-Strukturen müssen geöffnet bleiben
und dürfen nicht zugesperrt werden.
* Wenn es unbedingt notwendig ist,
dass eine Einrichtung geschlossen wird,
müssen Menschen mit Behinderungen
weiterhin Kontakt zu Angehörigen haben.
* Die Unterstützungs-Personen müssen alle
genügend Schutz-Material haben.
* Das Personal muss regelmäßig getestet werden.
* Tages-Stätten dürfen nicht einfach geschlossen werden.
* Therapien sind für Menschen mit Behinderungen oft sehr wichtig.
Diese Therapien müssen weiterhin möglich sein.
* Im Gesetz muss stehen,
dass soziale Dienst-Leister in einem Krisen-Fall
weiterhin arbeiten müssen.
* In der Corona-Krise wurden Werk-Stätten geschlossen.
Einigen Menschen mit Behinderungen ging es dann besser.
Sie hatten weniger Stress.
Viele machten andere schöne Sachen.
Man soll daher nachdenken,
ob es bessere Beschäftigungs-Möglichkeiten
als die Werkstätten gibt.

## Gesundheit:

* Menschen mit Behinderungen müssen auch
im Krisen-Fall ohne Einschränkungen medizinisch versorgt werden.
Wenn das nicht stationär möglich ist,
dann auch mobil.
Bei stationären Aufenthalten in Kranken-Häusern
muss besonderer Betreuungs-Bedarf von
Menschen mit Behinderungen berücksichtigt werden.
* Eine Krise oder Katastrophe kann sehr belastend sein.
Menschen mit Behinderungen brauchen eine
barriere-freie Unterstützung,
um mit dieser Belastung klar zu kommen.
* Ärzt\_innen dürfen in einem Krisen-Fall nur aus
medizinischen Gründen darüber entscheiden,
wer gerettet werden solI.
Keinesfalls darf aus Gründen wie Alter, Geschlecht,
soziale oder ethnische Zugehörigkeit oder
Behinderung entschieden werden.
* Das medizinische Personal muss geschult werden,
welche Kommunikations-Formen es mit
Menschen mit Behinderungen gibt und wie man
diskriminierungs-freie behandelt.

## Information, Kommunikation:

* Alle Menschen mit Behinderungen brauchen
fort-laufende und barriere-freie Informationen über Maßnahmen.
* Informations-Sendungen müssen Unter-Titel haben.
* Medien müssen neue Kommunikations-Formen
für Menschen mit Behinderungen finden.
* Einige Menschen mit Behinderungen sind nicht in der Lage,
ihre Bedürfnisse auszudrücken.
Sie brauchen spezielle Kommunikations-Formen,
darüber zu reden.
* Informationen muss es auch in Leichter Sprache geben.
* Öffentliche Informationen müssen
live und wort-genau untertitelt sein.
Die Texte müssen unmittelbar nach der Sendung
veröffentlicht werden.
* Übersetzungen müssen durch geprüfte, professionelle
Gebärden-Sprach-Dolmetscher\_innen erfolgen.
* Gebärden-Sprach-Dolmetscher\_innen müssen
neben den Redner\_innen vor der Kamera sichtbar sein.
* Videos sollen zusätzlich Unter-Titel haben.
* Gehörlose Menschen mit Lern-Schwierigkeiten und
gehörlose Kinder benötigen bildhafte Gebärden (Deaf+).
* Für Menschen mit Behinderungen müssen Not-Ruf-Nummern
barriere-frei zugänglich sein.
Das gilt auch für gehörlose und schwerhörige Menschen.
* Die Corona-Hotline 1450 muss mit Anliegen von
Menschen mit Behinderungen vertraut sein.
* Schutz- und Hygiene-Materialien muss es auch
für Menschen mit Behinderungen geben.
Dazu muss es barriere-freie Informationen geben.
* Die Landes-Sendung von ORF Tirol ist eine wichtige
Informations-Sendung für die Tiroler Bevölkerung.
Sie muss ständig in Gebärden-Sprache und mit Unter-Titeln
und in einfacher Sprache gesendet werden.
* Die Medien sollen mit Katastrophen sensibel umgehen.

## Unterstützungs-Leistungen:

* Hilfe-Stellungen müssen leichter zugänglich sein.
* Menschen mit Behinderungen brauchen ausreichend
Geld und Unterstützungen.
* Es muss sichergestellt sein, das Menschen,
die zu Hause bleiben müssen,
alles bekommen, was sie brauchen.
Sie brauchen auch Kontakt zu anderen Menschen.
Es braucht gute Lösungen.

## Katastrophen-Schutz-Maßnahmen:

* Die Menschen müssen in Krisen-Fällen zusammen-halten.
Dazu braucht es Maßnahmen.
* Die Corona-Krise hat gezeigt,
dass es viele Bereiche gibt,
wo Dinge nicht so gut funktionieren.
An diesen Problemen muss man
außerhalb von Krisen arbeiten und sie verbessern.
* Die Auswirkungen und Entwicklungen während der Corona-Krise
müssen von Wissenschaftlern untersucht werden.
* In der Einsatz-Zentrale muss es ein barriere-freies
Alarm-Systems für Menschen mit einer
Hör- oder Sprach-Beeinträchtigung in Notfällen geben.
* Menschen mit Behinderungen müssen
in der Gruppe von Verantwortlichen dabei sein,
die über die notwendigen Maßnahmen entscheidet.
* Für Einrichtungen, in welchen
behinderte oder alte Menschen betreut werden,
muss es festgeschriebene Pläne geben.
Dort muss alles über das Vorgehen
in einem Krisen- oder Katastrophen-Fall stehen.

## Verwaltung:

* Behörden müssen für Behinderten-Dienste
erreichbar sein.
* Die Landes-Regierung muss
Organisationen und Einrichtungen unterstützen.
* In der Politik muss man miteinander gut umgehen
und darf nicht streiten.
* Nach einem Krisen-Fall darf es keine Rück-Schritte geben.
Es darf nicht durch Einsparungen
zu Verschlechterungen für Menschen mit Behinderungen kommen.
* Es muss eine Arbeits-Gruppe gebildet werden,
die schaut, wie es Menschen mit Behinderungen
in der Corona-Krise gegangen ist.
* Es müssen neue Krisen-Pläne erstellt werden,
die die Bedürfnisse der Menschen mit Behinderungen
berücksichtigen.
Menschen mit Behinderungen müssen daran beteiligt sein.
* Menschen-Rechts-Verletzungen während der Corona-Krise
müssen untersucht werden.
* Im Gesundheits- und Sozial-System muss es genug Geld geben.
* Im Nationalen Aktions-Plan und im Tiroler Aktions-Plan
müssen die Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen
im Krisen- und Katastrophen-Fall berücksichtigt werden.